

Sattler-Zeitung

Nr. 12.

Berlin, den 15. Juni 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Erte Nr. 6519)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Erhöhung der Beiträge. — Ein Vorschlag. — Gehülfe oder Kleinmeister? —
Bericht des Vorstandes für das Jahr 1900. (Fortsetzung) — Streiks und Lohn-
bewegungen. — Aus dem Auslande. — Innungswesen. — Rechtsprechung. — Gewer-
schaftliches. — Eingekauft. — Vereinsleben. — Vermischtes. — Angelegen.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von
Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob
und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle
gesperrt ist.

Ausgebrochene Streiks.

Dresden. Koffermacher bei Alppold.

Wien. Tischner bei der Firma F. Fröhlich.

Zugung nach diesen Werkstellen ist fernzuhalten.

Erhöhung der Beiträge.

Zentralvorstand und Ausschuss haben sich in einer ge-
meinsamen Sitzung mit einer der wichtigsten Fragen einer
gewerkschaftlichen Organisation, der Frage der Finanzen
beschäftigt. Wir wollen an dieser Stelle auf unsere
finanzielle Lage nicht weiter eingehen, wir glauben, daß sie
den meisten Kollegen aus unseren Abrechnungen bekannt ist.
Jedenfalls hat sich aber herausgestellt, daß unsere bis-
herigen Einnahmen nicht ausgereicht haben, um eine um-
fassende gewerkschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Man hat
manche günstige Gelegenheit zur Erringung besserer Lohn-
und Arbeitsverhältnisse vorüber gehen lassen müssen, da
man das mit einem Vorgehen verbundene Risiko nicht auf
sich nehmen konnte. Es ist das zu bedauern und manche
Verwaltungsstelle wird von der vom Zentralvorstand
erhaltenen Antwort auf ihr Gesuch um Bewilligung eines
Streiks nicht allzu erbaut gewesen sein.

Es wäre nun dringend nötig, daß man etwas mehr
Bewegungsfreiheit hätte und vor allem wäre es nötig, daß
man jetzt beim Anbruch der schlechten Geschäftslage gut ge-
rüstet da stände, um Verschlechterungen zu verhüten. Denn
es ist ziemlich sicher, daß manche Unternehmer eine schlechte
Geschäftslage benutzen möchten, um die von ihnen erkämpften
Zugeständnisse zurückzuziehen. Sie werden es nur dann
nicht wagen, wenn sie wissen, daß wir kräftig genug sind
um etwaige Angriffe energisch zurück zu weisen.

Wir werden dahin nicht umhin können, ebenso wie es
andere Gewerkschaften in der letzten Zeit gemacht haben,
unsere Beiträge zu erhöhen. Unsere Verhältnisse würden
sich, wenn nur eine Erhöhung um 5 Pfg. stattfände, ganz
bedeutend bessern. Dieses Mehropfer von jährlich 2,60 Mk.
würde sich sicher lohnen, bei manchem Kollegen würde es
sich im Zeitraum einer einzigen Woche bezahlt machen.

Wir bitten daher die Verwaltungsstellen, in einer der
nächsten Versammlungen der Frage einer Beitragserhöhung
um 5 Pfg. pro Woche näher zu treten. Falls sich heraus-
stellt, daß unsere Mitglieder einer Erhöhung wohlwollend
gegenüber stehen, würden wir noch im Laufe dieses Jahres

eine Urabstimmung herbei führen, um dann die Erhöhung
mit Oktober oder Januar in Kraft treten zu lassen.

Als vor vier Jahren auf unserer Generalversammlung
in Erfurt eine Erhöhung des Beitrages von 15 auf 20 Pfg.
einstimmig beschlossen wurde, hat sich auch nicht ein einziges
Mitglied dagegen gewehrt; man hat die Notwendigkeit
dieses Vorgehens klar vor Augen gesehen und so dürfen wir
wohl hoffen, daß man jetzt, wo eine Erhöhung noch nötiger
ist als damals, einer weiteren Erhöhung um 5 Pfg. auch
freudig zustimmen wird.

Ein Vorschlag.

Der Artikel „Eine Zentralfaktion in Berlin“, welcher in den
Nummern 8 und 9 unseres Blattes erschien, veranlaßt mich, einen
Vorschlag jetzt schon zu machen, den ich auf jeden Fall spätestens
nach der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-
unterstützung unterbreiten hätte.

Die Frage: Ist die Eintheilung unseres Ver-
bandes in Gauen möglich und nützlich? legte ich mir des
Ofteren vor und in verschiedenen privaten Gesprächen mit
Kollegen am hiesigen Orte ergab sich eine ziemlich Ueberein-
stimmung in Bezug auf Bejahung dieser Frage.

Daß eine stramme Zentralfaktion die beste Organisation unter
den bestehenden Verhältnissen ist, glaube ich in diesem Blatte nicht
mehr betonen zu müssen.

Daß aber unter „strammer Zentralfaktion“ nicht Erhöhung der
Bewegungsfreiheit der Filialen verstanden werden darf, haben
unsere Generalversammlungen dadurch bekundet, indem sie einer-
seits den Filialen ziemlich weitgehende Freiheiten gewährten,
andererseits durch Schaffung, vielmehr Förderung der Agitations-
komitees eine gesunde Dezentralisation auf dem Gebiete der
Agitation schafften.

Nicht zum Schaden des Verbandes.

Ob nun diese Agitationskomitees immer und überall den an
sie gestellten Erwartungen entsprechen, ist eine andere Frage.
Nicht daß der gute Wille nicht vorhanden gewesen sei. Auch sollte
es sicher nicht an eifriger Arbeit der einzelnen Kollegen. Aber daß
in der Agitation und Organisation mit den vorhandenen
Mitteln mehr erreicht werden kann wie bis jetzt, dürfte bei zeitlicher
Ueberlegung wohl kaum widersprochen werden.

Wenn auch die beiden obengenannten Artikel eine andere als
die von mir behandelte Form der Sache behandeln, im Kern
treffen sie sich mit meinen Darlegungen.

Agitation und Agitation ist eben zweierlei. Ohne den in
Betracht kommenden Kollegen nahe treten zu wollen, muß ich hier
betonen, daß ich dies erst wieder so recht fühlte auf meiner im
März dieses Jahres durchgeführten Agitationstour.

Es ist eben nicht möglich, daß ein in Arbeit stehender Kollege
nach einer zehnstündigen täglichen Arbeitszeit, die unter Hin-
zugabe der Pausen und der Zeit, die der Weg von und zur
Arbeitsstätte erfordert, ihn 11 bis 13 und mehr Stunden in den
Dienst der Arbeit zwingt, diejenige geistige Elastizität besitzen kann,
die erforderlich ist um fruchtbringend agitatorisch und organisatorisch
tätig zu sein. Wenn einige Kollegen dazu fähig sind, dann ge-
schieht diese Arbeit auf Kosten ihrer Gesundheit. Zugleich sei
bemerkt, daß wohl selten ein Kollege auf die Dauer hervorragend
tätig sein kann, ohne gemäßigert zu werden.

Daher kommt es, daß manche Kraft in unseren Reihen nicht
zur Entfaltung kommt.

Nicht zum Nutzen unseres Verbandes.

Nun ist es ja selbstverständlich, daß eben unsere Mittel es nicht
erlauben, so zu arbeiten, wie es im Interesse unserer Sache liegt,
das heißt wie es wünschenswert wäre zu arbeiten.

Ohne nun den Vorwurf erheben zu wollen, die vorhandenen
Mittel würden nicht zweckentsprechend verwendet, so kann ich nicht

umhin zu behaupten, sie könnten noch zweckentsprechender verwendet werden und zwar durch Eintheilung unserer Organisation in Gau mit bezahlten Gauvorständen.

Der angeführte Artikel enthält einen Satz, in welchem dem Vorwurf entgegengetreten wird, als handle es sich bei Anstellung von Kollegen darum, „fette Beamtentellen“ zu schaffen.

Derartige Vorwürfe dürfen einem eben nicht treiben, wenn es sich darum handelt, Einrichtungen vorzuschlagen, die man im Interesse des Verbandes für gut hält.

Bestärkt in meiner Meinung, zur besseren Agitation Gau zu bilden, wurde ich erst recht wieder durch den letzten Jahresbericht des Zentralvorstandes.

Nach Berufszählung vom Jahre 1895 giebt es in Deutschland 28 166 Sattler.

Organisirt sind davon 4410 d. i. 15,65 pCt.

Und dies nach 12jähriger Agitation.

Ich weiß wohl, daß Tausende von Kollegen zerstreut in Dörfern und Ortschaften arbeiten, die zum größten Theile wohl auf unabsehbare Zeit nicht unserem Verbandszugeführt werden können.

Aber ebenso viele Tausende können dem Verbandszugeführt werden.

Dazu soll uns die Einteilung in Gau, die Schaffung unabhängiger Organisatoren die Hand bieten.

Dies kann geschehen, mit den vorhandenen Mitteln ohne die Beiträge zu erhöhen.

Ich will hier nur Linienweiser, daß andere Gewerkschaften, Organisationen, die nicht viel stärker sind wie wir, bedeutende Erfolge durch Gau-einteilung erreichten.

In wie viele Gau Deutschland einzutheilen wäre, diese Frage lasse ich offen. Bemerkenswert ist nur, daß es mir unrichtig erscheint, wenn die Berliner für Berlin allein einen Beamten anstellen wollen. Gerade von dort aus ist es angebracht, einen Gau zu bearbeiten. Die Mittel können leicht angebracht werden und dürften gute Erfolge zu erzielen sein.

Meinen Vorschlägen und Berechnungen liegt Süddeutschland zu Grunde.

Geographisch betrachtet bildet Süddeutschland und zwar: Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und das südl. Hessen einen „Gau“. Für vorläufig würde ich nun vorschlagen, diese Staaten in einen Gau zusammenzufassen. (Da ich hoffe, daß sich über diesen Vorschlag eine rege Diskussion entspinnt, möchte ich im Voraus ersuchen, nicht, wie dies ja leider nur zu häufig geschieht, darüber zu streiten, ob die Gau so oder anders eingeteilt sein sollten. Dies ist Formfrage. Man möge über die Kernfrage diskutieren und nicht „das Fell des Bären theilen bevor er erlegt ist.“)

In diesem „Gau“ sind bis jetzt folgende Filialen vorhanden: Bayreuth, Darmstadt, Frankfurt a. M. (weil sehr nahe gelegen) Kaiserlautern, Karlsruhe, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Offenbach, Reutlingen, Straßburg, Stuttgart, Ulm, Worms.

(Man sollte kaum glauben, daß unter Anderem in Städten wie Augsburg, Regensburg, Würzburg, Mühlhausen i. G., Zweibrücken, Heilbronn, Passau u. s. w. bis heute noch keine Filialen bestehen.)

Die benannten Filialen haben insgesamt eine Mitgliederzahl von 976 am Schlusse des 4. Quartals 1900 gehabt. (Von Worms fehlen die Angaben.) Nehmen wir der Einfachheit wegen die Zahl 1000, dann ergeben sich in einem Quartal 13000×20 Pf.-Mitgliedsbeiträge = 2600 Mk. Davon entfallen

1/3 für örtliche Ausgaben	866,— Mk.
1/10 Agitationskomitee	260,—
Summa	1126,— Mk.

auf Agitations- und organisatorische Zwecke.

Fällt nun, was ja in diesem Falle selbstverständlich wäre, die Institution der Agitationskommissionen weg, dann sind einmal 260 Mk. zur Verfügung für den „Gau“. Bedenkt man des Ferneren, daß die Klagen über nicht immer entsprechende Verwendung des Drittels, welches den Filialen zufällt, theilweise berechtigt sind und endlich, daß durch die Schaffung eines Gauvorstandes den Filialen als solchen eine bedeutende Agitationslast abgenommen werden kann, so wird wohl die Summe der örtlichen Ausgaben für vorgenannte Filialen sich reduzieren lassen auf 500 Mk., ohne dadurch der Möglichkeit örtlicher Agitations- und Organisationsarbeit Abbruch zu thun, während andererseits mit der nun zur Verfügung stehenden Summe von 626 Mk. pro Quartal oder 2504 Mk. pro Jahr eine bedeutende Thätigkeit in jeder Hinsicht für den Verband in Süddeutschland entfaltet werden könnte. Eine Thätigkeit, die sehr bald gute Früchte tragen würde. Denn andere Organisationen legen dafür ein Beispiel ab.

Und so wie in Süddeutschland würde sich in Mitteldeutschland, Rheinland-Westfalen, Norddeutschland u. s. w. die Sache ebenfalls zu Gunsten des Verbandes gestalten.

So wie die Sache jetzt liegt, empfiehlt es sich nicht weiter zu arbeiten. Es ist unmöglich, von Berlin aus die Arbeiten alle so zu durchführen, daß allen Filialen Berechtigtheil widerfährt. Andererseits sind die Agitationskommissionen sowohl in ihren Mitteln als auch in Bezug auf Unabhängigkeit der agitatorischen Arbeit zu beschränkt, um Nichtiges d. h. Genügendes zu leisten.

Setzt man nun obige Berechnung zu Grunde, dann ergibt sich, daß, wenn man das Gehalt des Gauvorstandes mit 1800 Mk. jährlich berechnen würde, immer noch eine Summe von 1200 Mk. für Agitationsreisen, Gründung von Filialen, Revisionen, Anleitungen und Förderungen neugegründeter Filialen, Vorbereitung von Lohnbewegungen, Führung zentraler Arbeitsnachweise u. dgl. verwendet werden könnte, ganz abgesehen davon, daß manche, jezt vielleicht notwendige Reise von Berlin aus unterbleiben könnte und mit einem Theile dieses Geldes der Gau unterstützt werden könnte.

Dies ist mein Vorschlag in großen Umrissen. Ich bitte, vorurtheilslos an die Diskussion heranzutreten, Kleinigkeiten zu vermeiden, und ich bin überzeugt, daß bei sachlicher Prüfung diesem Vorschlage zugestimmt werden kann.

Zum Nutzen des Verbandes!

G. Mauerer, München.

Gehülfe oder Kleinmeister?

Wenn man heute noch vielfach von Tapezierer- und Sattlergehülfe die Ansicht hört, daß sie sich auch dereinst mal als Meister etablieren wollen, so darf man wohl annehmen, daß jene Kollegen glauben und hoffen, als Meister einmal ein reicher Mann zu werden.

Die Erfahrung aber zeigt uns, daß solche Hoffnungen fast nie in Erfüllung gehen. Von den Kollegen, die ein eigenes Geschäft anfangen, glückt es nur einem sehr kleinen Theile. Viele kleine Meister führen ein schlechteres Leben als die Gehülfe in besseren Geschäften, trotzdem schon das Leben eines Tapezierers oder Sattlergehülfe miserabel genug ist. Ja mancher kleine Meister radert sich mehr ab als ein Gehülfe, er hat mit großen Sorgen zu kämpfen und trotzdem reicht der Verdienst schließlich noch nicht zum Lebensunterhalt. Auch ist nichts Seltenes, daß der Gerichtsvollzieher ein ständiger Gast ist. Manche geben, nachdem sie sich jahrelang vergeblich geschult haben, wieder als Arbeiter. Auch findet man diese gewesenen Kleinmeister vielfach in den Staatswerkstätten oder als Hülfspostboten beschäftigt. In fast allen Städten sind es nur einige wenige große Meister, die es wirklich zum Lebensunterhalt. Auch ist nicht selten, daß der Gehülfe ein etwas bringen, die so viel aus der Arbeit ihrer Werkstätten herausbringen, daß sie, ohne zu arbeiten, ein sehr angenehmes Leben führen und trotzdem immer wohlhabender werden.

Dies hat aber seine sehr guten Gründe. Der Kleinmeister mag sein Geschäft noch so gut verstehen, er mag auch den besten Willen zu seiner Arbeit haben, das genügt nicht; er braucht Betriebskapital, er braucht Geld, um das nötige Material kaufen zu können. Je weniger Geld er hat, desto theurer muß er bezahlen, infolgedessen hat er auf die Waaren mehr Unkosten, und was noch schwerer mit in die Waagschale fällt, er hat weniger Kredit. Auch stellt sich die Miete im Verhältnis theurer, als dem Großmeister. Letzterer mag auch fünfmal so viel Miete bezahlen, sein Geschäft ist aber im Verhältnis zehnmal so groß, folglich verursacht ihm die Miete an Unkosten nur die Hälfte von dem, was der kleine Meister dafür zu tragen hat. Auch hat der kleine Meister gewöhnlich die schlechtesten Arbeit, meistens nur Flickarbeit, alten Müll und nur selten neue Arbeit. Auch dann bekommt der kleine Meister in den allermeisten Fällen einen niedrigeren Preis als der Großmeister. Die großen Meister werden von dem Publikum vorgezogen, weil sie für leistungsfähiger gehalten werden.

Alles dieses hat die Folge, daß die kleinen Meister nichts erreichen, während die großen Meister immer wohlhabender werden und infolgedessen ihr Geschäft immer mehr vergrößern können.

Diese Zustände sind in den letzten Jahren immer schlimmer geworden und werden in Zukunft noch viel schlimmer werden. Immer mehr Geld wird zum Geschäft gebraucht, um den anderen Meistern gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben und dem Publikum alle Neuheiten bieten zu können. Dadurch wird es von Jahr zu Jahr immer mehr Kollegen unmöglich, sich selbständig zu machen, sie müssen ihr ganzes Leben Arbeiter bleiben und sich von ihrem Meister ausbeuten lassen. Galtet nur Umschau in Euren Reihen! Aber wozu noch in die Ferne schweifen? Bitte nur ein Jeder seine eigenen Verhältnisse an, und leider nur zu erst wird Euch die traurige Wahrheit Eures machen Glends entgegenzetreten. Diejenigen Kollegen aber, welche trotzdem ein eigenes Geschäft anfangen, leben in denselben traurigen Verhältnissen.

So kommt der Nutzen aus unserer Arbeit nur zu einem ganz geringen Theile den Gehülfe zu gute. Ueberall hat der Arbeiter und auch der Kleinmeister nicht genug, um anständig zu leben, die großen Meister aber vermehren ihre Reichthümer; vergrößern ihre Geschäfte und vernichten somit das Kleinhandwerk immer mehr und mehr, bis es ganz verschwindet und es nur Arbeiter und Kapitalisten geben wird.

Sollte dieser Entwicklungsgang nicht auch diejenigen Kollegen, die noch etwas Geld haben oder Meisterhöflichkeit sind, zu der Ueberzeugung bringen, daß auch sie in unsere Reihen gehören, um vereint mit ihren Kollegen bessere Zustände in unserem Berufe zu erringen? Denn ein Gehülfe mit einem anständigen Lohn lebt doch noch immer bedeutend besser als ein Kleinmeister mit großen Sorgen und langer Arbeitszeit.

Darum „hinzu in die Gewerkschaften“ muß der Ruf erschallen! Zum Wohle unseres Gewerbes und der ganzen Menschheit.

Rolberg.

Hermann Reichel.

Bericht des Vorstandes für das Jahr 1900.

(Fortsetzung.)

Nach einer langen eingehenden Debatte fand in der Zeit vom 16. bis 31. Januar die

Verabschiedung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung

statt, wobei sich eine geringe Majorität, ungefähr 30 Stimmen, für die Einführung aussprach. Da diese Majorität eine zu kleine war und die Meinung der Mitglieder dadurch nicht klar genug zum Austrag kam, so beschloß Vorstand und Ausschuß, die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht vorzunehmen und die Angelegenheit als vorläufig erledigt zu betrachten. Auf die Tagesordnung der Generalversammlung sollte sie nur dann gesetzt werden, wenn es von den Mitgliedern beantragt würde. Dieses ist geschehen, und so hat sich denn die Generalversammlung damit zu beschäftigen gehabt.

Von verschiedenen Delegierten lief der Antrag ein, über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung zur Tagesordnung überzugehen. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Nach langer Debatte wurde mit 18 gegen 12 Stimmen die sofortige Einführung abgelehnt, dagegen beschlossen, im Juni 1901 nochmals eine Verabschiedung vorzunehmen.

Streiks und Lohnbewegungen hatten wir im Jahre 1900, in dem der wirtschaftliche Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hatte, eine ganze Anzahl zu verzeichnen. In den einzelnen Monaten brachen folgende Streiks aus: Januar: Federwaarenfabrik Ritter, Berlin; Februar: Militärflektensfabrik Böttcher, Giesleben; März: Segeleufabrikanten Gdert, Weiße u. Dube und Reichelt, Berlin; Treibriemensfabrik Beyer u. Mallus, Berlin; April: Treibriemensfabrik Thiele u. Günther, Magdeburg; Mai: Federwaarenfabrik S. D. Wulf u. Comp., Nachf. und A. Kounfeld u. Comp., Usteren; Hamburg: Allgemeiner Streik; Stuttgart: Reiseartikelwerkstätte Rühheimer u. Comp.; Juli: Treibriemensfabrik Kemmerich u. Comp., Berlin; August: Allgemeiner Streik der Militärflektler Berlins.

Die erfolgreichste Lohnbewegung war diejenige der Offenbacher Galanteriefabrik, bei der es, abgesehen von ein paar kleinen Verstößen, die gesperrt wurden, nicht zur Arbeitsniederlegung kam. Hier hatte man es verstanden, durch jahrelanges Arbeiten die Organisation auszubauen und die Bewegung vorzubereiten. Man hatte sich bei den Unternehmern so in Respekt zu setzen gewußt, daß es diese gar nicht zur Arbeitsniederlegung kommen ließen, sondern es vorzogen, freiwillig nachzugeben. Die Behauptung, daß eine gute Organisation nicht Streiks herbeiführt, sondern sie überflüssig macht, hat sich hier glänzend bewährt. Der riesige Streik der Berliner Militärflektensfabrik, der fast 7 Wochen dauerte und bei dem circa 13 pC. der gesamten Mitglieder des Verbandes beteiligt waren, hat auch zweifellos eine bedeutende Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der beteiligten Kollegen mit sich gebracht und hat auch den Arbeitern eine ganz andere Stellung gegenüber den Fabrikanten verschafft, als sie vorher vorhanden war. Hoffentlich wird es trotz der bedeutenden Schwankungen der Geschäftslage, unter denen diese Branche leidet, möglich sein, das Erreichte festzuhalten und daran weiterzuarbeiten, daß diesen Kollegen, die seit einer Reihe von Jahren am allerelendsten dastanden, ein menschenwürdiges Dasein verschafft wird. Hoffentlich erinnern sich diese Kollegen aber auch im Gegensatz zu früher daran, daß der Verband nicht allein zur Zeit einer Lohnbewegung, sondern auch in stiller Geschäftslage besteht, und daß er gerade in Zeiten schlechter Geschäftslage bestehen muß, damit das, was unter schweren Opfern der gesamten Kollegschaft errungen wurde, als eine dauernde Ertragskraft gelten kann.

Ueber die übrigen Streiks läßt sich nicht viel sagen. Höchstens der Hamburger Streik könnte einem zu der Bemerkung veranlassen, daß man einen allgemeinen Streik nur dann anfangen soll, wenn man ihn genügend vorbereitet hat.

Die **Provincial-Agitationskomitees** haben sich auch im vergangenen Jahr gut bewährt, wenn auch die getriebene Agitation weniger in der Neugründung neuer Verwaltungstellen ihren Ausdruck gefunden hat. Der Berichterstatter kamen nicht nach: Ost- und Westpreußen, Hannover (Nord) und Thüringen. Wir erinnern deshalb die Agitationskomitees daran, daß sie verpflichtet sind, halbjährlich Bericht und Abrechnung einzuführen. Vom Zentralvorstand wurde im Laufe des Jahres eine Agitationstour nach dem bisher noch nicht besuchten Osten unternommen. (Bericht in Nr. 15.)

In diesem Jahre fanden einige größere **politische Aufnahmen** statt. Ueber die Frage der Treibriemensfabrik in ganz Deutschland hat die Berliner Verwaltungsstelle II Material gesammelt und in Nr. 17 dieser Zeitung veröffentlicht. Ueber die Lage am Ort haben Hannover, Stuttgart und Berlin III ausführlich berichtet. Bei Hannover (veröffentlicht in Nr. 4) und Stuttgart (Nr. 6) erhebt man trotz des ausgeübten Fleißes der mit der Aufnahme betrauten Kollegen nur ein lächerliches

Material; bei den mittelmäßigen Organisationsverhältnissen an beiden Orten war dieses auch nicht anders zu erwarten. Dagegen hat die Verwaltungsstelle Berlin III, die mit geringen Ausnahmen sämtliche in Berlin arbeitenden Tischler und Koffermacher umfaßt, ein fast lückenloses statistisches Material geliefert (Nr. 7, 11, 19). Es wäre zu wünschen, daß auch die Kollegen an anderen Orten der Statistik etwas mehr Aufmerksamkeit schenken würden, denn gerade hierdurch können wir am besten die Notwendigkeit einer Verbesserung unserer Lage beweisen.

Diejenige Organisation, die uns in Deutschland am nächsten steht, ist diejenige der **Lapezierer**. Während wir uns in früheren Jahren öfters angebrummt haben, arbeiten wir jetzt in ruhiger Weise nebeneinander. Das jetzige gute Verhältnis kam auch dadurch zum Ausdruck, daß der Verband der Lapezierer auf unserer Generalversammlung und wir auf der Generalversammlung des Lapeziererverbandes vertreten waren. Bekanntlich hat auch unsere Generalversammlung den Namen: Verband der Sattler, Lapezierer und verw. Berufsgenossen in Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen und den Namen der Zeitung, die einschließlich der Nummer 18 des Berichtsjahres noch Sattler- und Lapezierer-Zeitung hieß, in Sattler-Zeitung umgedruckt. Neue Zustände wurden dadurch nicht geschaffen, sondern nur dem bestehenden Zustande auch formell Anerkennung gegeben.

Ein Hand in Hand arbeiten der beiden Organisationen macht sich bereits an einzelnen Orten bemerkbar. Jedenfalls werden es die lokalen Verhältnisse einzelner Verwaltungsstellen dazu bringen, daß sich die beiden Organisationen auch anderswo näher treten. Eine zentrale Regelung unseres gegenseitigen Verhältnisses erscheint uns augenblicklich noch nicht durchführbar.

In unserem Verhältnis zu den **Kollegen des Auslandes** ist eine Vereinbarung nicht eingetreten. Das Gegenseitigkeits-Verhältnis erstreckt sich wie in den Jahren vorher auf Oesterreich, Standinavien und die Schweiz. In der letzten Zeit traten wir mit der Organisation unseres Berufes in Brüssel in Korrespondenz. Ob dieses zu einem Eintreten in das Gegenseitigkeitsverhältnis führen wird, muß abgewartet werden. Wünschenswert wäre eine nähere Verbindung mit den französischen und englischen Kollegen, doch wird diese nicht allzuleicht herzustellen sein, da die dortigen Organisationen nicht ohne Weiteres jeden Berufsgenossen aufnehmen. Die teilweise bestehenden, uns unverständlichen Bestimmungen, daß ein Aufzunehmender eine bestimmte Zeit im Lande sein und einen bestimmten Minimallohn verdienen muß, während er sonst zurückgewiesen wird, ist ein Hindernis, das fallen muß, bevor an ein gemeinsames Arbeiten gedacht werden kann. Das Fehlen von zentralen Organisationen in unserem Beruf erschwert auch den Verkehr mit beiden Ländern.

Unsere österreichischen Kollegen, die bis zum Juli dieses Jahres unsere Zeitung als offizielles Organ hatten, haben von dieser Zeit an ein eigenes Blatt herausgeben können. Hoffentlich wird es ihnen gute Dienste leisten.

Die **Verbandsarbeitsnachweise** haben im Berichtsjahre keine besondere Tätigkeit entfalten können, die meisten Stellen wurden durch Umschau besetzt. Einige Orte machen allerdings eine Ausnahme; vor allem ist Dresden zu nennen, das auch mit der Arbeitsvermittlung eine Feststellung der Arbeitslosigkeit der Arbeitssuchenden und des dadurch herbeigeführten Lohnausfalles verbindet, eine Tätigkeit, die anderen Nachweisen zur Nachahmung empfohlen werden kann. Die Berichte über die Vermittlung und die gemachten Feststellungen sind in Nr. 6 und 16 dieser Zeitung veröffentlicht.

Auf eine interessante Neuheit möchten wir noch aufmerksam machen, nämlich darauf, daß sich die Berliner **Sattlerinnung** vom Vorstehenden des Gesellen-Ausschusses einen Vortrag über die Schäden der Hausindustrie halten ließ. Es kann jedenfalls den Mitgliedern nur dienlich sein, wenn sie auf diese Weise die Meinung der Gesellen über die im Gewerbe herrschenden Zustände erfahren.

Vor Ausbruch des Berliner Streiks schlugen wir den Berliner Militärflektens-Fabrikanten die Abendung einer gemeinsamen Petition an das Kriegsministerium vor, in der gefordert werden sollte, daß die Arbeit nur an solche Unternehmer ausgegeben werden dürfe, die dieselbe in eigenen Werkstätten herstellen und den vereinbarten Tarif zahlen. Wegen der durch diese Forderung ausgesprochenen Verurteilung der Heimarbeit kam es indessen zu keiner Einigung und die Abendung unterblieb.

Zum Schluß wollen wir noch auf die durch unsere Oftern in Berlin abgehaltene **General-Versammlung** vorgenommenen Statutenänderungen hinweisen.

Zunächst wurde bei der Reiseunterstützung die von einer einzelnen Verwaltungsstelle auszubahlende Höchstsumme von 8 auf 6 M. erhöht und eine Steigerung dahingehend eingeführt, daß Mitglieder, die länger als 1 Jahr Mitglied sind, bis 24 M., mehr als 2 Jahre 27 M., und mehr als 6 Jahre 30 M. Reiseunterstützung pro Jahr erhalten können, während bisher 24 M. die Höchstsumme war.

Neu eingeführt wurde die Umzugunterstützung, die an verheiratete Mitglieder im Höchstbetrage von 36 Mk. gezahlt wird.

Für weibliche Mitglieder wurde der Beitrag von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Bei Krankheitsfällen, militärischen Übungen und Strafverfügungen trat bisher nur Beitragsbefreiung ein, wenn die Zeitdauer von 4 Wochen überschritten wurde; diese Beschränkung ist fortgefallen.

Bisher genügten $\frac{1}{5}$ der Mitglieder, um eine Generalversammlung zu beantragen, künftig muß es $\frac{1}{3}$ sein.

Anträge zur General-Versammlung müssen künftig 8 Wochen vorher eingereicht werden.

Bei Urabstimmungen genügt bisher die einfache Majorität, künftig muß die Majorität $\frac{2}{3}$ betragen.

Im Streikreglement wurde eine sehr einschneidende und die Verbandskasse stark angreifende Aenderung dahingehend getroffen, daß künftig vom ersten Tage an Unterstützung ausbezahlt wird, während bisher die Unterstützung erst mit der zweiten Streikwoche begann. Ob der Beschluß auf die Dauer bestehen bleiben kann, erscheint fraglich, wenn nicht für mehr finanzielle Mittel gesorgt wird. Auch wurde die Bestimmung eingeführt, daß bei Angriffstreiks $\frac{2}{3}$ und bei Abwehrstreiks mindestens die Hälfte der Kollegen organisiert sein müssen; dieser Beschluß leidet an einer gewissen Halbheit, indem nicht angeführt ist, wie lange die betreffenden Mitglieder der Organisation sein müßten, denn jetzt ist die Vorschrift erfüllt, wenn sie unmittelbar vor Ausbruch des Streiks Mitglieder werden.

Das Jahr 1900 war ein Kampfsjahr und hat manche Erfolge, besonders in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit gebracht. Hoffentlich gelingt es uns, die Organisation noch mehr auszubauen, damit das, was jetzt für einzelne Branchen und einzelne Orte gilt, Gemeingut der ganzen deutschen Kollegenschaft wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Preußen. Der Streik bei der Firma Lippold dauert fort. Eine Kommission, welche aus dem Agitationsleiter, zwei Mann vom Kartell und dem Kollegen Sassenbach bestehend, wurde beauftragt, bei Herrn Lippold anzufragen, wann er gesonnen wäre, in eine Unterhandlung einzutreten, auf diese Anfrage bekam die Kommission keine Antwort.

Nachdem fanden am Freitag, den 7. Juni, durch Vermittelung des Gewerberichters, Einigungsversuche statt.

Die Firma war durch Herrn Lippold sen. und jun. und dem Werkmüller Müller vertreten, die Streikenden durch das Streikkomitee, bestehend aus sechs Kollegen. Der Gewerberichter, Herr Dr. Stilling, leitete die Unterhandlung. Herr Lippold schlug nach zweifelhafte Unterhandlung Folgendes vor:

Die Streikenden sollen alle wieder eingestellt werden und zwar nach dem Alter der Beschäftigung, soweit Plätze vorhanden sind, da gegenwärtig schon circa 30 Plätze besetzt wären, die übrigen werden nach und nach eingestellt, sobald wieder Plätze frei werden.

Maßregelungen finden aus Anlaß der Streiks nicht statt.

Die neunstündige Arbeitszeit wird vom 1. November ab probeweise nur für die Koffermacher eingeführt. Die Hausarbeit ließe er von nun an überhaupt nur durch Heimarbeiter anfertigen, da er dieselbe um die Hälfte des Akkordpreises geliefert bekäme.

Diese Vorschläge konnten von den Vertretern der Arbeiter nicht angenommen werden, da dieselben erst die Streikenden unterrichten mußten.

Am Nachmittag wurde den Streikenden von der Unterhandlung Bericht erstattet.

Nach lebhafter Diskussion wurden die Vorschläge einstimmig abgelehnt. Die Abstimmung fand geheim per Stimmzettel statt.

Dieses Resultat wurde Herrn Lippold durch zwei Vertreter der Arbeiter persönlich mitgeteilt, worauf er erwiderte, daß er nicht anders handeln könnte.

Nicht bezeichnend für die Unparteilichkeit des Gewerberichters ist Folgendes:

Als ein Kollege diesem das Resultat mittheilte, äußerte er sich wörtlich, da sieht man wieder einmal die Halsstarrigkeit der Arbeiter. Herr Lippold könne nicht mehr bewilligen, und er wolle dies in seinem Bericht mit anführen.

Was die Zahl der Arbeitswilligen anbetrifft, so beläuft sich die Zahl derselben auf circa 18 Mann, nicht 30, davon sind aber schon wieder circa 9 Mann entlassen worden, jedenfalls haben diese zu viel geleistet.

Streikbrüder haben sich bis jetzt aus unserer Mitte 2 gefunden und zwar die Herren Adolph Straube und Oskar Böhm.

Zur Charakteristik dieser beiden Herren sei Folgendes erwähnt: Straube hat sich schon vom Werkmüller Müller als den größten Wacklappen in der ganzen Bude bezeichnen lassen, dies besagt ja alles. Oskar Böhm, welcher ja allen Kollegen bekannt ist und sogar am Abend vorher noch Propaganda zum Aushängen und selbst noch den Straube zu belehren suchte, welcher stets aufforderte, nicht eher zur Arbeit zurückzukehren, als bis Lippold besiegelt ist, und am anderen Morgen wird er zum elendesten aller Kollegen.

Auch die Polizei leistet ihr Bestes bei der ganzen Sache, fast täglich finden Sitzungen der Streikposten statt, was natürlich die Streikenden desto mehr anspricht und ihre Posten noch eifriger versehen wie zuvor.

Die Stimmung der Streikenden ist eine gute und hoffen wir, daß durch weiteres Zusammenhalten der Streik baldigst beendet wird.

Mannheim. Bericht über die Differenzen der Sattler in der Motorwagenfabrik von Benz u. Co.

Bei einer im Jahre 1898 von sämtlichen Arbeitern der Firma durchgeführten Bewegung wurde unter Anderem auch die Freigabe des 1. Mai errungen, indem die Firma auf diese und die zwei folgenden Tage Inventur vornehmen läßt. Nun suchte in diesem Jahre der Sattlermeister diese Errungenschaft dadurch illusorisch zu machen, daß er am vorhergehenden Tage etwa Folgendes an die Tafel schrieb: Am 1. Mai wird gearbeitet. Wer am 1. Mai nicht arbeitet, braucht am 2. und 3. Mai auch nicht zu arbeiten. Eine aus diesem Anlaß am selben Abend abgehaltene Werkstätt-versammlung der Sattler faßte einen Beschluß dahingehend, am 1. Mai nicht zu arbeiten und am 2. Mai vollständig sich zur Arbeit einzustellen. Aber der gutmüthige Mensch denkt und Gott lenkt. Trotz des ziemlich einstimmigen Beschlusses fanden es neun Sattler nicht der Mühe werth, ihr gegebenes Wort zu halten und hinter dem Rücken von 13 Kollegen am anderen Morgen doch zur Arbeit zu gehen. Ist es doch um so bedauerlicher, daß auch drei Verbandskollegen ihr Wort nicht hielten. Als dann am 2. Mai die 13 Kollegen rechtzeitig zur Arbeit sich einstellten, wurden sie vom Meister im Vollbewußtsein seiner Macht brutal zurückgewiesen. Drei Kollegen und zwar Jhrig, Teichmann und Henschler wurden hierauf bei der Direktion vorstellig, die dann auch gleich das Verhalten des Meisters unter einigem Vorbehalt für ungebührlich hielt und die Kollegen aufforderte, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dies der kurze Sachverhalt. Nun noch Einiges zur Charakterisierung des Falles. Wie schon oben erwähnt, hielten auch drei Verbandskollegen ihr gegebenes Wort nicht und wurden dieselben mit einer Ausnahme aus dem Verband ausgeschlossen. Beugt es doch nicht von großer Mäandigkeit, mit weich herzigem, schädigen Mitteln Proletariat unter sich kämpfen, um womöglich eine kleine Günst- oder gütiges Rächer zu erhaschen. Wäre es doch ein Uthies gewesen, nachdem die Garantie zur Zeit des 1. Mai gegeben, dieselbe auch hochzubalten. Kann es denn für eine Wert- hätte eine größere Genugthuung geben, als vereint zu handeln und wie leicht hätte bei einigermassen anderer Auffassung der Direktion durch diese gemeingefährliche Act und Weise, ein unübersehbarer Konflikt entstehen können. Doch überlassen wir das Weitere über diese Handlungsweise den betreffenden Sattlern selbst. Mögen sie sich nur nicht ins eigene Fleisch schneiden.

Mannheim. Die Sperre über die Firma Benz u. Co. ist aufgehoben.

Aus dem Auslande.

Paris. Ein gewerkschaftliches Organ, „L'Ouvrier en Meuble“, an dem auch die Tapezierer theilhaftig sind, ist soden zum ersten Male erschienen. Das Blatt erscheint monatlich einmal und kostet pro Nummer 10 Centimes. Hoffentlich dient dieses neue Kampfmittel dazu, die nicht allzu sehr entwickelte französische Gewerkschaftsbewegung vorwärts zu bringen.

Die vorliegende erste Nummer enthält die Einberufung eines internationalen Kongresses der Möbeldindustrie; derselbe soll im September dieses Jahres in Lyon stattfinden. Auf der Tagesordnung steht auch die für französische Kongresse unvermeidliche Frage des Generalstreiks. Anscheinend wird das Ausland auf diesem internationalen Kongresse nicht allzu zahlreich vertreten sein.

Innungswesen.

Von den Berliner Innungen, deren Zahl am 1. April 1900 sich auf 63 belief, haben 45 beschlossen, als freie Innungen fortzu- bestehen, während sich nur 18 zu Zwangsinnungen umgestaltet haben, darunter auch die Innung der Sattler.

Von den Zwangsinnungen haben 12 den Beitrittszwang auf alle Gewerbetreibenden ausgedehnt, welche das betreffende Gewerbe selbständig betreiben, gleichviel, ob sie Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen oder nicht. Sechs Zwangsinnungen hingegen, und zwar die der Maler, Posamentierer und Seidenknopfmacher, Schneider, Strickseher, Zumbler, Gold- und Silber Schmiede und Schuhmacher, sind nur auf solche selbständigen Handwerker ausgedehnt worden, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen.

Von Handwerklern, die einer Innung bisher noch nicht angehört hatten, ist im Verwaltungsjahr 1899 bis 1900 ein Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung nicht gestellt worden, dagegen hat eine größere Anzahl von Fußweggewerbetreibenden die Errichtung einer freien Innung für das Personen-Lohnfußgewerbe beantragt. Die bereits länger bestehende Fuhrherren Innung (gleichfalls eine freie Innung), umfaßt hauptsächlich das Lastfuhrergewerbe.

Den Luxus, zwei freie Innungen zu besitzen, haben sich außer den Fußgewerbetreibenden auch einige andere Berufe gestattet, nämlich die Bäcker und Bütcher, während die Barbier, Friseur, Perrückenmacher u. gar drei Innungen besitzen.

Trotzdem die Mehrzahl der Zwangsinnungen erst im Jahre 1899 bis 1900 ins Leben getreten ist, wurden doch schon bis zum Schlusse dieses Jahres 177 Streitigkeiten wegen Innungszugehörigkeit bei der Aufsichtsbehörde anhängig gemacht. Am meisten betheiligte an diesen Streitigkeiten waren die Schneider in 89 und die Drecker in 88 Fällen.

Die städtische Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbehörde ist in ihren Entscheidungen darüber, ob ein handwerksmäßiger, zum Beitritt zur Zwangsinnung verpflichtender, oder ein dazu nicht verpflichtender Fabrikbetrieb vorliegt, da das Gesetz den Begriff „Fabrik“ nicht definiert, von den durch das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung aufgestellten Grundsätzen ausgegangen und hat besonders darauf Gewicht gelegt, ob neben dem der gewerblichen Herstellung gewidmeten Theil des Betriebes, ein völlig getrennter und kaufmännisch organisirter Theil dem Betriebe gewidmet ist.

In den Entscheidungen des Oberpräsidenten dagegen werden neben der Arbeitsteilung die umfangreiche Verwendung von Maschinen und eine große Zahl von Arbeitern in den Vordergrund gestellt. So ist denn auch der Oberpräsident im Gegensatz zu der städtischen Gewerbe-Deputation zu dem Grundsatze gelangt, daß im Schneidergewerbe auch die größten Konfektionsgeschäfte handwerksmäßige Betriebe insoweit darstellen, als eigene Werkstätten, sei es auch nur für Zuschneider, vorhanden sind.

Bemerkenswert ist, daß für diejenigen Zwangsinnungen, denen nur Handwerker anzugehören haben, die der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen, vom Oberpräsidenten in Einzelfällen dahin entschieden worden ist, daß unter „Gesellen“ im Sinne des Innungsgesetzes auch weibliche Personen zu verstehen sind; denn unter „Gesellen“ in ihrer Beziehung zum Handwerk und zur Innung, so wurde entschieden, seien alle im Handwerk beschäftigten gewerblichen Hilfspersonen, die eine technische Ausbildung erfahren haben und sie in einem Handwerksbetrieb betheiligen. Unerheblich sei es, ob solche Personen eine bestimmte mehrjährige Lehrzeit durchgemacht haben und ob für die Erlernung der technischen Fähigkeiten des Handwerks ein Lehrvertrag geschlossen worden war.

Ein Erfolg des preussischen Eisenbahnministers bestimmt, bei der Annahme von Werkstättenhandwerkern diejenigen Bewerber zu bevorzugen, die in ihrem Handwerke die Gesellenprüfung vor einem hierzu zuständigen Prüfungsausschusse abgelegt haben, und bemerkt hierzu, daß bei dem regen, durch die Aussicht auf das Eintreten in Beamtenstellung hervorgerufenen Wettbewerbe um Annahme bei den verschiedenen Eisenbahnwerkstätten den Innungen ein wirksames Mittel zur Förderung des Innungsinteresses geboten sei. Das nicht vorhandene Interesse für die Innungen wird durch solche Kleinarbeit schwerlich erweckt werden.

Rechtsprechung.

Um eine Folge des Streiks bei der Firma Schwarz u. Comp., Berlin, handelte es sich bei einer Gerichtsverhandlung, die Ende Mai in Berlin stattfand. Wegen die Arbeiter Rittich und Göbl war Anklage erhoben worden, weil sie während des Streiks ein Zusammentreffen mit Arbeitswilligen gehabt hatten. Rittich hatte den Arbeiter Gustav Lehmann darauf hingewiesen, daß bei Schwarz gestreikt werde; Lehmann hatte darauf erwidert, er wäre kein Arbeiter sondern ein Nähmaschinen-Reisender, der in dem Hause Geschäfte machen wollte. Kurze Zeit darauf traf Rittich, der inzwischen erfahren hatte, daß dies unrichtig war, den Lehmann in einem Lokal und stellte ihn zur Rede. Dabei soll er den Ausdruck Streikbrecher gebraucht haben. Der Sattler Franz Schmidt, der sich in Begleitung des Lehmann befand, und wie dieser während des Streiks bei Schwarz Arbeit angenommen hatte, veranlaßte den Lehmann, vor dem Lokal den Rittich abzupassen und ihn einem Polizeibeamten zu denuntzieren. Bei der Verurteilung Rittichs bildete sich eine Meinungsansammlung, in der auch Göbl erschien. Schmidt bezeichnete den Göbl, der mit ihm nichts zu thun gehabt hatte, dem Lehmann gegenüber als einen auch am Streik theilnehmenden, und darüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in Verfolg deren Göbl beschuldigt wird, den Denunzianten Schmidt und einen Arbeitswilligen Wogge geschlagen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu zwei Wochen, den Göbl zu drei Monaten Gefängniß zu verurtheilen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Helme wies darauf hin, daß § 153 der Gewerbeordnung nur diejenigen bestraft, die andere zur Theilnahme an Verabredungen, welche die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken, zu zwingen suchen, daß aber mit dem damaligen Streik weder eine Erhöhung der Löhne noch eine Verbesserung der Arbeitszeit bezweckt gewesen sei, sondern nur die Wiedereinstellung von zwei gemäßigteren Mitarbeitern unter denselben Arbeitsbedingungen, die vorher gegolten hätten. Der Staatsanwalt wollte zwar auch darin eine Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen sehen, das Verurtheilen jedoch die Angeklagten nur wegen gewöhnlicher Beleidigung und Körperverletzung, nicht wegen Streikvergehens,

und zwar den Rittich zu 15 M. Geldstrafe und den Göbl zu zehn Tagen Gefängniß.

Gewerkschaftliches.

Hamburg war vor Jahren diejenige Stadt, in der die gewerkschaftliche Bewegung sich am besten entwickelt hatte, es war das nachahmenswerthe Vorbild für die Arbeiter an anderen Orten. Es scheint uns, als ob Hamburg von seiner stolzen Höhe herabgestiegen sei. Jetzt kommt nun noch die Nachricht, daß es im dortigen Gewerkschaftskartell zu Differenzen gekommen ist. Anläßlich der Gründung eines Arbeitersekretariats entstand schon damals eine ziemlich starke Opposition gegen die Errichtung einer solchen Institution. Besonders die Maurer und Zimmerer erklärten, lieber aus dem Kartell austreten zu wollen, als sich an der Bildung eines Arbeitersekretariats zu betheiligen. Das Sekretariat wurde aber dennoch ins Leben gerufen; die dortige Filiale des Zimmererverbandes erklärte daraufhin ihren Austritt aus dem Kartell. Neuerdings haben nun auch die Schuhmacher und Metallarbeiter ihren Austritt erklärt. Letztere sollen, etwa 6000 Personen stark, ein Sechstel der gesammten organisirten Arbeiter Hamburgs repräsentiren. Dadurch ist nun diese lokale Zentralbehörde arg geschwächt und das Weiterbestehen des Sekretariats bedroht. v. Elm hat in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells, in der diese Sache auf der Tagesordnung stand, zum Frieden gemahnt und eine Einigung herbeizuführen gesucht, jedoch mit negativem Erfolge. — Der sehr starke Hamburger Unternehmerverband wird angesichts dieser Uneinigkeit erfreut sein.

Eingesandt.

Ich fühle mich veranlaßt, auf das Eingesandt des Kollegen Dönnecke-Wählhausen in Nr. 10 unserer Zeitung zu antworten, worin er die unberechtigten Vorwürfe und Beschlässe zurückweist, welche von den Magdeburger Kollegen gegen ihn erhoben worden sind. Auf seine Ausführungen im Allgemeinen will ich nur kurz eingehen, aber einige Thatsachen will ich anführen, welche uns Magdeburger veranlaßt haben, diese Beschuldigungen und Anträge zu stellen. Wenn Kollege Dönnecke die Zeitung genau verfolgt hat, so mußte ihm doch damals in Nr. 2 unserer Zeitung die Bekanntmachung an die Filialen der Provinz Sachsen und Thüringen aufgefallen sein, worin als dritten Punkt der Tagesordnung, „Die Agitation in Thüringen“, festgesetzt war, ferner hat sich unser Obmann mit den Filialen und auch mit Wählhausen schriftlich in Verbindung gesetzt. Kollege Dönnecke, welcher damals und heute noch Obmann von Thüringen ist, hat es nicht einmal für notwendig gehalten, zu antworten, nicht einmal die Mittheilung einem Delegirten zu senden, hielten sie für notwendig. Wenn das Agitationskomitee von Thüringen damals Stellung zu diesem Punkt genommen und sich mit dem hiesigen Komitee in Verbindung gesetzt oder bloß geantwortet hätte, so wäre ihnen auch noch das Nähere mitgetheilt worden. Auf Befragen, weshalb sie uns nicht mittheilten, wer nach der Konferenz kommt, erklärte Kollege Helm, daß sie sich in letzter Stunde schlüssig geworden sind, daß einer nach Halle fahren sollte. Kollege Dönnecke will ungeduldrig Vorwürfe zurückweisen. Nun ich frage, ob das ein ungerichter Vorwurf ist, wenn man in Erinnerung bringt, daß sich Kollege Dönnecke auf der vorletzten Konferenz zu Halle am 19. März 1899 bereit erklärte, ein Flugblatt für beide Komitees herauszugeben, bis heute ist er seinem Versprechen noch nicht nachgekommen, ferner wenn ein Agitationskomitee besteht und agitatorisch thätig sein soll, und verpflichtet ist, 1/2 jährige Berichte einzusenden, diesem aber nicht nachkommt, ja erst vom Kollegen Sassenbach gebeten werden mußte, (in Zeitung Nr. 11 v. J.) etwas von sich hören lassen, dann ist es schon weit genug, denn Kollege Sassenbach rüht sich so leicht nicht, das wird wohl jedem bekannt sein.

Der Bericht, der darauf folgte, war, daß 20 M. Agitationsgelder nach Berlin gesandt wurden, dieses ist die ganze Thätigkeit, welche bis jetzt entfaltet worden ist vom Agitationskomitee von Thüringen. Dis ist ein Agitationskomitee dem Namen nach, diese müßten meines Erachtens nach schon vom Zentralvorstand aufgehoben werden, und weil dieser es nicht thut, so haben wir es auf der diesjährigen Konferenz gethan, nicht bloß die Magdeburger, sondern die andern Delegirten haben auch dafür gestimmt. Die nächste Konferenz wird ja doch die Sache weiter regeln. Nun auch die Agitation in Thüringen, die er mit der Magdeburger Agitation vergleicht, darauf will ich nicht näher eingehen, dieses überlasse ich dem Magdeburger Agitationskomitee. Das eine möchte ich nur noch betonen, daß meine Ansichten betreffs der Agitation nicht mit denen des Kollegen Dönnecke übereinstimmen. Er kritisiert die Agitation der Magdeburger, er als mehrjähriger Obmann könnte, wenn er gewollt hätte, denn können thut es Kollege Dönnecke, eine Agitation entfalten haben, wovon die anderen nur lernen könnten, so ist es eben nicht der Fall und gar nichts gethan worden, wäre mindestens ein Bericht gefolgt.

Ich will auch das Magdeburger Komitee nicht in Schutz nehmen, denn auch hier hat bis jetzt der Obmann sich recht wenig

um die Beschlüsse von der Konferenz gekümmert, noch nicht einmal der Kassen-Berichtigung geantwortet, doch hat sich die letzte Wittglieberversammlung damit befaßt. Wie ich schon erwähnte, ist die Auflösung nicht von den Magdeburger Kollegen, sondern von der Konferenz beschlossen worden. Ueber die Verbächtigung gegen die Magdeburger Kollegen vom Kollegen Dönnede wird sich die nächste Versammlung noch aussprechen. Ich muß noch mein Bewundern darüber aussprechen, daß Kollege Dönnede endlich nach einem Vierteljahr kommt und alles zurückweisen will. Das Wort, vor der eigenen Thür zu legen, hören wir ja öfter, hauptsächlich von denen, welche mit uns nichts zu thun haben wollen, wenn wir sie an unsere Organisation und Pflichten erinnern, so ergeht es uns auch hier bei Ihnen Kollege Dönnede. Ich glaube, diese Vorwürfe sind nicht so unberechtigt, und die andern Delegirten, welche auf der Konferenz waren, werden wohl derselben Meinung sein.
Magdeburg. Max Jörgler.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Abrechnung vom 29. Mai bis 12. Juni 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Berlin IV 1102,—, Halle 40,—, Hannover 100,—, Stuttgart 24,16 Mk. Summa 1306,16 Mk.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: M. Drechsel-Zittau 0,50, O. Brod-Einbeck 0,50, E. Herr-Baden-Baden 0,50, P. Medlenburg-Plön 0,50 Mk. Summa 2,— Mk.

Beiträge von Einzelmitgliedern: W. Wittwig-Walente 2,—, E. Bräuer-Düsseldorf 2,60, M. Drechsel 4,40, H. Buschel 8,—, Zittau O. Brod-Einbeck 0,80, P. Müller-Strehla 3,—, E. Sängel 1,—, E. Herr 0,40, Baden-Baden H. Sienast-Berne 2,—, U. Schäg 3,60, P. Medlenburg 2,—, Plön O. Kummel-Düsseldorf 3,—, G. Schädler-Fischen 2,60, J. Schlangen-Biberach 2,—, P. Berge-Treptow 8,—, M. Ebert-Düsseldorf 3,—, F. Böhringer-Weimar 4,20 Mk. Summa 45,60 Mk.

Für die im Streik befindlichen Militärsattler in Ebersfeld: Berlin IV 1273,80, Jena 880, Frankfurt a. Main 17,90, Bromberg 10,85, Frankfurt a. O. 7,90, Dresden II 41,40, Nürnberg 20,45, Berlin I 3,50, Köln 28,41, Halle 1,75, Hamburg I 21,80 Mk. Summa 1435,46 Mk.

Georg Standle, Hauptkassirer.
Berlin 80.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

- Mannheim. B. Friedrich Gensler, 2. Querstr. 25, II. Obmann des Agitations-Komitees derselbe. V. Weißer Baum, H. 1, Dr. 4.
- Sachsen (West). Agitationsleiter: Heinrich Busch, Leipzig-Eindenau, Gutsmuths-Str. 20, IV.
- Magdeburg. E. Otto Schröder, Budau, Gärtnerstr. 10. Reise-Unterstützung bei Wilhelm Kudoak, Dendelschtr. 10 (7-8, Sonnt. 12-1). V. Burgstraße, Tischlers-Lochstraße 28.
- Leipzig. B. Otto Nolte, Gohlis, Lindenhalerstraße.
- Mainz. V. Stadt Worms, Rothenhofgasse (7-8, Sonnt. 12-1).
- Worms. V. Gewerkschaftshaus, Mainzerstraße.

Mittheilungen der Agitations-Komitees.

Sachsen. Kollegen, welche sich im Agitationsbezirk Sachsen (West) niederlassen, werden gebeten, ihre Adresse an Unterzeichneten zu senden. Alle Briefe, Sendungen etc. der Agitation Sachsen (West) betreffend ersuchen ebenfalls an Unterzeichneten zu adressiren.

Heinrich Busch
Agitationsleiter Sachsen (West)
Leipzig-Eindenau, Gutsmuths-Str. 20, IV.

Agitationsbezirk Württemberg.

Am Sonntag, den 19. Mai, fand in Ulm im „Deutschen Kaiser“ eine Bezirkskonferenz statt.

Anwesend waren die Kollegen Hengerer, Menig und Seuter aus Stuttgart, Fr. Müller, J. Müller aus Reutlingen, Schonk, Arnold und Bial aus Ulm, außerdem ein Vertreter des Süddeutschen Gaues des Tapezierer-Verbandes, Genosse Hannemann aus Stuttgart. Die Konferenz wurde um 10^{1/2} Uhr vom Obmann, Kollegen Hengerer, eröffnet und die Anwesenden begrüßt. Als Vorsitzender wurde Kollege Menig, als Schriftführer Jakob Müller gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Agitationskomitees. 2. Situationsbericht der Delegirten. 3. Wie fördern wir die Agitation in den kleineren Städten am besten. 4. Verschiedenes.

Zum Punkt 1 gab Kollege Menig den Bericht vom vorigen Jahre, wobei er mittheilt, daß in Eßlingen der Versuch gemacht worden sei, die dortigen Kollegen zu organisiren, aber an der Interesslosigkeit derselben gescheitert sei. In Rannstatt sei die Agitation im Gange. Räder freiste auch die Stuttgarter Lohnbewegung des vorigen Jahres und theilt das Gerügens mit; in allen Werstätten sei die 9-9^{1/2} stündige Arbeitszeit und eine Lohn-erhöhung von 10-15 pCt. erzielt worden.

Zum 2. Punkt erhält zunächst Kollege Schonk aus Ulm das Wort. Er schildert die Verhältnisse von Ulm, welche viel zu wünschen übrig lassen, was hauptsächlich den Kollegen selber zuzuschreiben ist, vor allen denjenigen der Militärreife-Fabrik von Eckhard, indem diese den Kollegen bei höherer feindlich gegenüberstehen, nur weil letztere besser bezahlt werden. Diese Thatsache sollte ihnen doch ein Ansporn sein, der Organisation beizutreten, um die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu herbeizuführen. Kollege Schonk schildert noch das Verhalten des Kollegen Ehret, welcher ein Mitbegründer der Fabrik war und jetzt wegen Nichtbezahlens der Beiträge hat ausgeschlossen werden müssen. Kollege Jakob Müller schildert die Verhältnisse von Reutlingen und führt den Kollegen die Statistik, die in Nr. 9 unserer Zeitung veröffentlicht wurde, nochmals vor Augen.

Unter Punkt 3 ist vom Kollegen Räder aus Stuttgart eine Resolution eingegangen, welche dahin lautet, daß zwischen den Organisationen der Sattler und der Tapezierer ein Gegenseitigkeitsverhältnis anzubahnen versucht werden soll. Als erster Redner hierzu erhebt Tapezierer Hannemann aus Stuttgart das Wort. Er erklärte, Wort für Wort die Resolution unterschreiben zu können und geht näher auf das Gegenseitigkeitsverhältnis ein; er empfiehlt das gemeinsame Agitiren in den kleinen Städten. Weiter empfiehlt Hannemann das Vertrauensmännerthum in den kleinen Städten, wo es nicht möglich wäre eine Zastelle zu gründen, ihm (Redner) wäre es gleichgültig, ob ein Tapezierer bei den Sattlern organisiert wäre oder umgekehrt, die Hauptsache sei, daß unsere Interessen gewahrt werden. Genosse Göhring (Gewerkschaftsvorsitzender von Ulm) empfiehlt ebenfalls das Gegenseitigkeitsverhältnis und legt in längerer Rede den Zweck dar. Es sprechen noch für die Resolution Friedrich Müller und Jakob Müller, wobei letzterer seitens der Zastelle Reutlingen Beschwerde erhebt, daß, trotzdem laut Beschluß der letzten General-Versammlung Kollege Sassenbach beauftragt worden war, ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Tapezieren anzubahnen, doch leider bis jetzt in dieser Sache nichts geschehen sei. Weiter erhebt Kollege Müller Beschwerde darüber, daß bei der letzten Agitationstour, die Kollege Maurer aus München unternommen hat, Reutlingen wieder beiseite gelassen wurde. Es wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

Die heute hier tagende Agitationskonferenz von Württemberg spricht dahingehend ihre Bewunderung aus, daß bis dato laut Beschluß der Generalversammlung vom Zentralvorsitzenden aus noch keine weiteren Schritte gemacht wurden betreffs der Einigung mit den Tapezieren, indem es die Filialen Württembergs für eine Nothwendigkeit erachten.

Ferner ertheilte die Filiale Reutlingen dem Zentralvorsitzenden eine Rüge, weil sie bei jeder Agitationstour, welche vom Zentralvorsitzenden genehmigt wurde, so rücksichtslos behandelt wird, wie a. B. bei der Tour von E. Maurer und wie es schon früher der Fall war. Sie glaubt nun sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß sie für die Zukunft nicht mehr so rücksichtslos behandelt wird, indem gerade hier ein interessanter Vortrag von Nutzen wäre. Letzterer Vorwurf gilt ebenfalls dem Agitationskomitee München.

Die Resolution von Räder-Stuttgart wurde einstimmig angenommen und dem Agitationskomitee sowie dem Süddeutschen Gauauschuß des Tapeziererverbandes zur weiteren Berathung übermiesen.

Unter Verschiedenem regte Koll. Gaunter (Stuttgart) an, daß mehr Agitation unter den Frauen betrieben werden soll, dieses wurde aber der Zastelle Stuttgart überlassen, indem in den übrigen Zastellen keine Frauen in unserer Branche beschäftigt sind. — J. Müller-Reutlingen regt die Arbeitslosenunterstützung und die Urabstimmung an. Die Konferenz spricht sich dahingehend aus, daß die Urabstimmung noch verschoben werden soll. Fr. Müller fragt an, ob Einzelmitglieder, die in der Nähe einer Zastelle sind, sich nicht bei letzter anmelden können, anstatt beim Hauptvorsitzenden Koll. Menig gleich eine Erklärung dahin ab, daß das Agitiren kann. Da weiter kein Redner vorgemeldet war, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband um 2^{1/2} Uhr geschlossen.

Berlin, 8. Juni 1901. Am 1. Juni tagte eine regelmäßige Mitgliederversammlung der Militärreife-Sattler im Gewerkschaftshaus mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Ebersfelder Streik. 2. Reorganisation der Berliner Filialen und Wahl der Kommissionsmitglieder. 3. Wahl zweier Kollegen der Lohnkommission. 4. Verschiedenes.

Mit dem ersten Punkt der Tagesordnung befaßte sich Kollege Hadelbusch, welchem diesbezüglich Decharge ertheilt wurde. Es wurden in den einzelnen Filialen wie folgt gesammelt: Bedere u. Co. 925,05 Mk., Vogt Söhne 588,50 Mk., Wunderlich 594,10 Mk., Cobau 459,00 Mk., Hoffmann 388,20 Mk., vom Kollegen Timm-Schöneberg 15,— Mk., vom Koll. Hadenbeck 4,75 Mk. Gesamtsumme 2974,20 Mk. Von dieser Gesamtsumme der Ufengelder wurden 2550,25 Mk. an Ebersfeld-Barmen verwiesen, und zwar 2450 Mk. direkt, die übrige Summe wurde an Standle abgeliefert; gleichzeitig kommt hierzu die Entschädigung des Kollegen W über (90 Mk.) sowie Portoauslagen.

Zur genaueren Orientirung wurden die einzelnen Posten der Gelder wie folgt abgeführt:

Am 14. April an Kollegen Beyher	90,—	Mk.
" 19. " " Bernweis	400,40	"
" 26. " " Standke	500,—	"
und 1000 Mk. aus der Lokalkasse.		
" 2. Mai an Kollegen Standke	800,—	"
und 600 Mk. aus der Lokalkasse.		
" 9. Mai an Kollegen Standke	600,—	"
" 18. " " Otto Bollmar	851 85	"
An Druckkosten und Porto	8,—	"
Am 30. Mai Restsumme an Standke	428 95	"
Summa 2974,20 Mk.		

Ferner wurden, wie schon angeführt, 1800 Mk. aus der Lokalkasse genommen, mithin sind 3950 Mk. von der Firma Berlin IV abgeliefert worden.

Zu dem Bericht Nr. 11 unserer Zeitung über den Streik in Elbersfeld-Darmen nehmen mehrere Kollegen das Wort, welche es tatsächlich bedauern, daß ein solcher Unbunt seitens der Elbersfeld-Darmer Kollegen den hiesigen Kollegen gegenüberstehe; aus welchen Gründen ist vielen nicht erklärlich. Wenngleich der Streikleitung auch von Seiten der hiesigen Kollegen ein Vorwurf gemacht worden ist, so sind letztere aus tatsächlichen Gründen dazu berechtigt; jedenfalls haben die Berliner Kollegen ihr Möglichstes gethan, was einem ziel- und klaffenbewußten Arbeiter würdig ist.

Ein Antrag Marquard, dahingehend, einen Referenten zu entsenden, welcher zur Klärung der gemachten Äußerung resp. Vorwürfe den Elbersfeld-Darmer Kollegen zur Aufklärung dienen soll, wurde einstimmig angenommen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurden 7 Kollegen gewählt. Zur Lohnkommission wurden die Kollegen Krüger und Müllsch gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde der Fall Jenschke erwählt, welcher einstimmig ausgeschlossen wurde. Ferner macht Kollege Hilbrand die Mitglieder aufmerksam, das An- und Abmelden nicht zu vergessen, um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Zum Dresdener Streik nahm Kollege Sassenbach das Wort und bat, die Ausständigen in jeder Weise zu unterstützen, diesem wurde von allen Kollegen zugestimmt.

Vortmund. Sonnabend, den 18. Mai, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt; Kollegen trafen sich auf dem 2. Kollege Schmelzer nahm das Amt eines Arbeitsnachweisers freiwillig an. Unser Gewerkschaftsbelegter Ströb erstattete seinen Bericht von der letzten Kartell-Sitzung. Zu „Verschiedenes“ forderte Kollege Boldt die Kollegen auf, der Sattlerkrankenkasse beizutreten, er gab auch einen kurzen Bericht über die Kasse. Es waren auch zwei Tapetierer vom Agitations-Komitee anwesend, sie berichteten von der Werkstelle des Herrn Otto Feuer, Jakobstr. 88. Der Tapetiererverein hat nämlich über die Werkstelle die Sperre verhängt.

Wir fordern auch unsere Kollegen auf, ehe sie hier umschauen gehen, sich bei uns zu erkundigen. Es ist schon passiert, daß ein Verbandskollege bei der Firma drei Tage gearbeitet hat, ohne von der Sperre Bescheid zu wissen.

Dresden. Der Zustand der Sattler in der Koffersfabrik von Lippold war die Tagesordnung einer am 1. Juni im großen Saale des Trianons abgehaltenen gutbesuchten Sattlerversammlung. Nachdem Genosse Niem in einem einleitenden Referat von allgemeinen Standpunkten aus die Vorgänge geschildert und besonders auch die in der Sonnabendnummer der „Neuesten Nachrichten“ stehende Annonce des Herrn Lippold einer scharfen Kritik unterzogen, schilderten eine ganze Reihe von Ausständigen die Verhältnisse in der Fabrik. Besonders scharf wurde zurückgewiesen, daß es sich um einen Angriffstreik handle. Es sei ein Abwehrstreik, die Meister sei längst erledigt gewesen und die Geschäftsleitung habe auf Ehrenwort die Freigabe des 1. Mai zugesichert, als man einen Kollegen unter der Notdrohung nachträglich maßregelte, daß er am 1. Mai, entgegen dem Verbot, einen halben Tag gefehlt habe, wie sämtliche Kollegen auch. Da hierbei gleich geäußert wurde, daß das gewissermaßen nur der Anfang sei zu weiteren Maßregelungen und da sich die Kollegen das Ehrenwort gegeben hatten, für einander einzutreten zu wollen, so wurde die Zurücknahme der Maßregelung verlangt; als dem nicht stattgegeben wurde, erfolgte die fast einmütige Arbeitsniederlegung. Nur die Kollegen Willkomm, Dreher, Vorsitzender der Sattlerkrankenkasse der Sattler und Niemer, Clemens Schmidt und Seide, blieben stehen. Ja, diese ließen sich sogar dazu herbei, in die Wohnungen der Streikenden zu gehen und die Kollegen resp. deren Frauen zu bearbeiten, an ihren Kollegen zu Berathern zu werden. Das Resultat war ein völlig negatives und sie sollen an einigen Stellen eine derartig scharfe Abfuhr erlitten haben, daß sie jedenfalls das Wiederkommen vergessen werden. Die Ausständigen haben dann folgende Forderungen aufgestellt: 1. Wiedereinstellung des Gewerkschafts, neunmündige Arbeitszeit, Aufstellung von mit Wasser gefüllten Spundnapfen, Abschaffung der Heimarbeit. Es wurde darauf hingewiesen, daß die famose Annonce starke Unsichtigkeiten enthalte: Die Forderung der Freigabe des 1. Mai „auf immer“ scheide aus, da ja die Geschäftsleitung auf Ehrenwort das bereits zugestanden. Es wurde auf die hohe Krankenziffer und die schwere Arbeit in der Fabrik hingewiesen. Einen Lohn von 30—45 Mk. hat kein einziger der Sattler verdient in der normalen Arbeitszeit. Nur mit Hilfe vieler Ueberstunden, die die Leitung im Interesse des Gewinns verlangte, ist das diesem oder jenem gelungen. Es handelte sich um keine Kraft-

probe für die Arbeiter, sie wollten nur ihren gemäßigten Kollegen nicht im Stich lassen. Auch hätte sich in Folge fortwährender Neuerungen zu Ungunsten der Arbeiter eine solche Erbitterung ihrer bemächtigt, daß es früher oder später doch zu Konflikten gekommen wäre. Die Abschaffung der Heimarbeit sei dringend notwendig, und wenn Herr Lippold sie damit begründen wolle, daß dadurch den Frauen von Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, ihre Lebenslage zu verbessern, so müsse doch erwähnt werden, daß die Frau des Werkführers und Prokuristen es sicher nicht nötig hätte. Ein heiteres Intermezzo verursachte ein offenbar als Aufpaffer in der Versammlung anwesender Diener des Herrn Lippold. Er hatte die Dreifügigkeit, nachdem ein Sattler auf seine Anwesenheit aufmerksam gemacht, sich zum Wort zu melden und zu erklären, daß er nur die Namen der Redner aufschreibe. Auch habe er nur „im öffentlichen Interesse“ die Warden auf die Streikpostenstehenden aufmerksam gemacht und wolle nicht geschickt sein. Er wolle doch auch sein Brot haben. Genosse Niem fertigte den Mann unter stürmischem Gelächter und Beifall der Anwesenden gebührend ab, ersuchte aber die Anwesenden, den Mann nur als lächerliche Figur zu betrachten und ihm ihr Mitleid nicht zu versagen. Er rief der Versammlung, noch einen letzten Versuch zu machen, eine Einigung zu erzielen. Auf Antrag des Genossen Bär wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Amtssteller und zwei Mitgliedern des Gewerkschaftskartellvorstandes. Auch soll Kollege Sassenbach, der Vorsitzende der Sattlerorganisation, nochmals nach hier kommen. Zwei Resolutionen, die den Ausständigen die vollständigste Sympathie und moralische und finanzielle Hilfe zusichern, wurden einstimmig angenommen, und ein Kollege aus einem anderen Betriebe versicherte noch ausdrücklich, daß jeder Kollege einsehen müsse, daß die Maßregelung des einen Kollegen nur der Anfang zu weiteren Maßregelungen sein sollte, und daß es hochofentlich wäre, daß die Lippold'schen Kollegen mit so seltener Einmütigkeit sich solidarisch erklärt haben. Auch haben sich 14 Mann, die noch nicht organisiert waren, im Verband aufnehmen lassen.

Die Situation steht außerordentlich günstig für die Streikenden. In der Fabrik wird eine Spezialarbeit hergestellt und es muß sich erst jeder Sattler einrichten, ehe es ihm möglich ist, nur einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Ein Kollege wies aus seinen Lohnaufzeichnungen nach, daß er im vergangenen Jahre mit 88 Ueberstunden 1288,75 Mk. verdient habe, da lämen auf die Woche circa 26 Mk., an 80—85 Mk. sei gar nicht zu denken. Auch die Warden haben schon mehrere Sitzungen von Streikposten vorgenommen, obwohl doch auf der stillen Trinitatisstraße gewiß keine Verletzungsgefahr entstehen könne. Wenn die circa 70 Ausständigen, von denen noch kein einziger abgesprungen ist, weiter so fest zusammenhalten, so muß der Sieg auf ihrer Seite sein, denn die Fabrik steht in Arbeit bis über die Ohren und die Konkurrenz ist ihr scharf an den Fersen. Hoffentlich gelingt es der gewählten Kommission, eine Einigung herbeizuführen.

Wie aus Breslau und Berlin berichtet wird, sucht die Firma in hiesigen Blättern 70 Sattler. Ein Sattler aus Berlin reiste nach Kennzeichnung von der Situation sofort wieder ab. — Die Polizei fahndet jetzt mit verstärktem Eifer und in größerem Aufgebote auf Streikposten, die sie sucht. Sie verbietet jedes Stehenbleiben und Spaziergehen in der Nähe der Fabrik. Auch dieses Vorgehen der hiesigen Polizei konnte die streikenden Kollegen in keiner Weise entmutigen, nachdem noch sämtliche Kollegen, die in der Versammlung anwesend waren, aufgefordert wurden, nicht zu erlahmen, sondern die im Kampfe stehenden nach Kräften zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Hannover, 8. Mai. Auf Grund des Preßgesetzes eruchen wir Sie um folgende Verichtigung:

In Nr. 10 der „Sattlerzeitung“ vom 18. Mai 1901 unter Versammlungsbericht Hannover vom 4. Mai haben wir Folgendes zu erwidern: Es ist unwar, daß wir Streikarbeit angefertigt haben, es ist uns heute von der Firma Lehmann u. Wundenberg mitgeteilt, daß sie den Auftrag direkt von der Militärbehörde erhalten hätten. Auch ist es unwar, daß wir bei der Firma Forstmann u. Wreden in entlassen sind, denn dieses beweisen unsere Entlassungsscheine, wo verzeichnet steht „auf Wunsch“. Gegen die sonst in dem Bericht enthaltenen Bemerkungen ist bereits bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt.

J. A. Küper,
Grünstraße 19a, 2. Etage links.

Kolberg. In der am 15. d. M. hier stattgefundenen Gesellen-Auswahl der Sattler- und Tapetierergewerkschaft wurde der Kollege Tapetierergeselle Leichel, welcher am Orte Vertrauensmann ist, mit allen abgegebenen neun Stimmen, der Kollege Sattlergeselle Friedrich Grise mit 4 Stimmen gewählt. Als Ersatzmann wurde der Sattlergeselle Ernst Treptow mit 5 Stimmen gewählt. Nur der letztere ist nicht organisiert.

Offenbach. In der Versammlung am 20. Mai wurde die Sperre über die Firmen Gottlieb und Knipp aufgehoben. Sodann wurde bekannt gegeben, daß die neue Firma G. Treffer die Forderungen bewilligt hat. Ferner wurde beschlossen, von jetzt ab die Versammlungen Dienstag abzuhalten. Im Weiteren wurde mitgeteilt, daß in der nächsten Versammlung Beschluß zu fassen sei über die Erhöhung des Lokalfonds.

— Versammlung am 4. Juni. Tagesordnung: 1. Die Erhöhung der Beiträge zum Lokalfonds. 2. Die Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes.

Kollege Wurm eröffnet um 1/27 Uhr die Versammlung. Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß von 10 Firmen die Kollegen nicht vertreten waren, 29 Firmen sind vertreten.

Es erhielt zum 1. Punkt Koll. Nehmel das Wort. Er führte in seinem Referate den Kollegen die Notwendigkeit der Erhöhung der Wochenbeiträge vor, da bei dem gegenwärtigen Beitrag von 5 Pf. nur eine Summe von etlichen Hundert Mark aufgebracht würde, welche aber nichts bedeute bei einem Ernstfalle zur Unterstützung. Er erbat am Schlusse seines Referats den Antrag: den Beitrag auf 10 Pf. wöchentlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde in geheimer Abstimmung mit 187 Stimmen angenommen. 19 Stimmen waren dagegen. Das neue Regulativ zum Lokalfonds fand einstimmige Annahme.

Zum 2. Punkt brachte Koll. Aug. Müller II folgende Resolution ein:

Resolution.

„Die heute am 4. Juni 1901 im Gewerkschaftshause abgehaltene regelmäßige Mitglieder-Versammlung schließt sich mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte Geschäftslage im Verufe sowie mit Rücksicht auf den schlechten Stand unserer Verhandlungskasse, ferner mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren stattgefundenen Lohnkämpfe, welche, wie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung deutlich zeigt, von Jahr zu Jahr große Opfer erfordert, dem Vorschlag des Koll. Sassenbach, 6 tr. die Verlegung der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vollständig an.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Zum 2. Punkt bringt Koll. Schneider I die Werkstattverhältnisse bei d. r. Firma Hinkel und d'Orville zur Sprache. Hier arbeiten die Kollegen seit Jahren auf Woche. Nun wurde ihnen letzte Woche mitgeteilt, daß sie von jetzt ab nach und nach auf Stück beschäftigt werden sollen. Da dies aber bei der Firma unmöglich ist, da größtenteils nur Sachen verfertigt werden nach Angabe und diese Stückarbeit gleichbedeutend mit einer Lohnreduktion ist, so haben die Kollegen sich besprochen, diesem Anstinnen keine Folge zu leisten. Die Verhandlungen sind noch im Gange und hofft man eine befriedigende Lösung derselben.

Im Weiteren wurde eine Einladung von Mannheim verlesen zu einem Ausfluge nach Lindensfeld im Odenwald. In der Diskussion war man der Ansicht, diesen Ausflug zu einem Bezirks-Ausfluge zu machen und sich mit den Mannheimer Kollegen dahin zu verständigen.

Am 3. Juni verschied nach langem Krankenlager unser treues Mitglied
Oswald Stenzel
 20 Jahre alt, aus Barmleben bei Breslau an der Proletarierkrankheit.
 Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren.
 Die Verwaltungsstelle **Strasbourg.**

Stuttgart, 4. Juni. Samstag fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Koll. Rärchen gab die Schritte bekannt, welche betreffs des Einkassierwesens getan wurden. Die Versammlung beschloß, dem Einkassier pro Beitragsmark 2 Pf. zu bezahlen, wie die Tapezierer. Hierauf hielt Genosse Mattutat einen lehrreichen Vortrag über Krankenversicherung. Für seine klaren Ausführungen wurde dem Referenten reichlicher Beifall gezollt. Bei Punkt 3 wurde die Maßregelung des Koll. Krämer nochmals geprüft und wurde einstimmig als Maßregelung betrachtet. Auf Antrag des Koll. Menig wurde dem Kollegen eine Unterstützung von 10 Mk. bewilligt. Register wurde nach 8 Tagen in einer anderen Werkstelle untergebracht. Herr Weidenbacher (wo Kollege

Krämer in Arbeit stand) hatte sich geäußert, daß jetzt noch sechs Kollegen im Geschäft wären, welche auch hinaus müssen. Kollege Schaal gab dann den Gewerkschaftsbericht, von welchem hervorzuheben ist, daß das städtische Arbeitsamt als Arbeitsnachweis der Vereinigten Gewerkschaften bleibt und die einzelnen Gewerkschaften Abstand davon nehmen sollen, eigene Arbeitsnachweise zu gründen. Die Volks-Hochschulkurse werden im nächsten Winter-Halbjahr wieder fortgesetzt. Unter Verschiedenem erklärten einige Kollegen, daß die Erklärungen des Zentral-Vorstandes und -Auschusses, den § 15 betreffend, nichts bestimmtes Ganzes enthalten.

Vermischtes.

Arbeitsbienen und Drohnen. „Ich sage Euch, meine Freunde,“ sprach eine große Wespe auf dem Kongress der Arbeitsbienen, „ich bin es müde geworden, jenen mährischen, unzufriedenen, hysterischen, hypochondrischen, demagogischen Bienen zuzuhören, welche fortwährend gegen die Drohnen schreien, ja meine Freunde, wenn die Drohnen nicht wären, so müßtet Ihr verhungern, tatsächlich zu Tode hungern! Der einzige Liebelstand ist der, daß Ihr noch nicht zur Hälfte genug Drohnen in Eurem Bienenstock habt; das ist die Ursache, weshalb Ihr die chronische Ueberproduktion, welche die schlechten Zeiten hervorruft, nicht los werdet.“ (Großer Beifall.)

„Nun laßt uns vernünftig diskutieren,“ fuhr die Wespe fort. „Es ist so einfach wie das A. B. C. Je mehr Drohnen Ihr habt, desto mehr Honig wird gegessen. Je mehr Honig gegessen wird, desto mehr Arbeit habt Ihr, um noch mehr Honig zu produzieren. Folgt Ihr meiner Beweiskführung? Arbeit ist es ja, wonach Ihr fortwährend sucht, nicht wahr?“ (Stürmischer Beifall.)

„Ich widerhole, meine Freunde, laßt uns vernünftig diskutieren,“ sprach die Wespe weiter. „Laßt uns annehmen, Ihr hättet nicht eine einzige Drohne in Eurem Stock; ich möchte gerne wissen, was Ihr dann mit all Eurem Honig anfangen wolltet?“

(Eine Stimme: „Selber essen!“ Gegenrufe: „Zur Ordnung!“ und „Polizei!“)

„Und wenn Ihr keine Drohnen hättet,“ fuhr die Wespe fort, nachdem sich die Aufregung gelegt hatte, „wer würde Eure Kirchen und Predigerseminarien unterstützen, wer würde Eure Hospitäler und Bibliotheken beschenken? Wer würde Eure Universitäten und Zeitungen mit Geldmitteln versehen? Wer würde für Eure Suppenanstalten und auswärtigen christlichen Missionen sorgen? Das Alles möchte ich gern wissen. Ja, meine Freunde, wenn Ihr keine Drohnen hättet, so wüßtet Ihr auch Niemand haben, der wohlwollend gegen Euch ist und Wohlthaten an Euch übt. Ihr würdet Niemand haben, der —“

(Eine Stimme: „Wir würden keine Wohlthätigkeit brauchen, wenn wir keine Drohnen hätten!“ Die Versammlung bricht in wilder Konfusion auf.)

In welchen wahnwitzigen Ausfressungen die „oberen Bedntausend“ in ihrem Uebermuth kommen, zeigt eine Mittheilung über den Luxus, der mit Schlittschuhen getrieben wird. Die „Post“ berichtet darüber: „Heutzutage wird namentlich in Amerika und Rußland ein großer Luxus mit Schlittschuhen entfaltet. Schlittschuhe aus Gold und Silber, die durchschnittlich 2000 Mark kosten, sind nichts Ungewöhnliches mehr. Viele vornehme Schlittschuhläufer, die mit dieser Extravaganz nicht zufrieden sind, lassen ihre Schlittschuhe mit kostbaren Steinen besetzen. Eine Dame am russischen Hofe hat ein Paar goldene Schlittschuhe, die mit kostbaren Steinen besetzt sind und 70 000 Mark kosteten. Ein russischer Adliger hat noch kostbarere Schlittschuhe mit seinem Wappenschild in Diamanten, Rubinen und Saphiren; der Preis beträgt 200 000 Mark. Die kostbarsten Schlittschuhe hat die Gattin eines bekannten russischen Diplomaten, sie sind mit Smaragden besetzt und haben einen Werth von 220 000 Mark.“

Solche Mittheilungen demonstrieren Manchem nachdrücklicher die Nothwendigkeit des Kampfes gegen die göttliche Weltordnung, als wissenschaftliche Abhandlungen dies vermöchten.

Anzeigen.

Sattler, Birmer, Tischler etc.,
 welche sich selbstständig machen wollen, ist Gelegenheit geboten, ein Garntationsgeschäft der Lederbranche, im Bezirk Dresden, preiswerth zu erwerben.
 Off. Offerten an Hermann Weber, Radoboul, Gellertstr. Nr. 19, erbeten.

Belanntmachung.
 Das Gewerkschafts-Komitee Mannheim hat am 1. Mal dieses Jahres ein neues Gewerkschaftsamt in Meisheim (am 1. u. 2. Fränkstr.), eröffnet. Wir bitten daher alle durchgehenden Kollegen, dasselbe zu besuchen.
 Die Verwaltung Mannheim.

Der Kollege Pfeiffer, früher bei Sohn in Friedberg beschäftigt, wird in Sachen der Klage gegen Sohn erkrankt, seine Adresse an Carl Köhler, Vorsitzenden des Gewerkschafts-Komitee, Friedberg, Kaiserstr. 35, einzusehen.

Sattlerei-Verkauf.
 Eine gute Sattlerei im großen Dörf, mit Landwirtschaft, gute massive Gebäude, 8 Scheffel Feld und Wiese, guter ansehender Garten, mit allem lebenden und todtten Inventar, soll herabverkauft werden.
 Alles andere beim Besitzer Robert Gammthoff in Reichensbach b. Waldheim.
 Franz Fesch, zuletzt in Dortmund, ersucht um künftige Angabe seiner Adresse im eigenen Interesse.
 Ernst Kasse, Dortmund.

Echtige Sattler, Gespanner und Fellehensmacher bevorzugt, auf Militär- u. Civil-Kammet finden dauernde Beschäftigung bei hohen Akkordlöhnen.
Stell-Anwesen-Fabrik G. Martens & Co. Strasbourg.
 Reisegeld nach vier Wochen vorgütlich.

Ladewig's Bier-Stuben
 Kommandantenstr. 65.
 Vorzügliches Weis- und Bitterbier.
 Vereinszimmer für 40 Personen.
 Franz Willard. Telefon.
 Zählstelle der „Freien Volkskammer“.

Fachschriften u Lehrbücher
 für Handwerker u Gewerbetreibende.
 Kataloge gratis u franko.
JOH. SASSENBACH Bücher-Versand D. 13. A.